

Haushaltsrede 2013 Oberbürgermeister Ullrich Sierau

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Jörder,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Sauer,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates der Stadt Dortmund,
meine Damen und Herren,

wie auch in den letzten beiden Jahren legen wir einen Haushaltsentwurf vor, der geprägt ist von Wahrheit, Klarheit und Transparenz. 2010 und 2011 haben wir eine Punktlandung hingelegt und wir werden auch in diesem Jahr mit dem Haushalt eine saubere Landung hinlegen und im beschlossenen Rahmen bleiben. Dortmund ist der Hort stabiler Haushalte. Viele andere Städte haben das nicht geschafft.

Darüber hinaus haben wir dafür gesorgt, das Vertrauen in das haushaltsbezogene Verwaltungshandeln wiederherzustellen. Dafür spricht nicht zuletzt das Wahlergebnis vom 26.08.2012. 2013 wird sich das Haushaltsvolumen auf Grund von Tarifsteigerungen und neuen Aufgaben ausweiten. Dankenswerter Weise erhalten wir erhöhte Zuweisungen vom Land (GFG - Gemeindefinanzierungsgesetz). Dafür ein herzliches Dankeschön an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Innenminister Ralf Jäger für ihre kommunalfreundliche Politik. So muss es sein!

Das wünschen wir uns auch von der Bundesregierung. Denn die Wurzeln unserer Haushaltsmisere liegen beim Bund. Die Bundespolitik darf nicht länger zu Lasten der Kommunen gehen. Die strukturelle Unterfinanzierung muss beseitigt werden, z. Zt. ca. 80 - 100 Mio. € im Dortmunder Haushalt. Das wird ein zentrales Thema in 2013 sein und sicherlich auch ein relevantes Thema im Bundestagswahlkampf.

Bereits dieses Jahr war die Diskussion von der strukturellen Unterfinanzierung geprägt. Die Kommunen befinden sich in einer Vergeblichkeitsfalle. Denn die weiteren Belastungen für den Haushaltsplanentwurf 2013 ergeben sich unverändert aus den Leistungen, die vor allem für den Bund erledigt werden, ohne dass von dort die Finanzierung dafür geliefert worden wäre. Eine strukturelle Verbesserung ist auf der Grundlage der Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zum Fiskalpakt erst ab dem Jahr 2014 zu erwarten. Volumen: zwischen 25 und 30 Millionen Euro. Das ist nicht genug.

Die Städte in ganz Deutschland brauchen endlich eine verlässliche, himmelsrichtungsfreie und ausreichende Finanzausstattung. Die Stadt Dortmund hat einen Haushalt von rund 1,9 Mrd. Euro für den laufenden Betrieb. Die Arbeitslosigkeit nach dem Ende der Montanindustrie hatte Höchststände von über 17 Prozent und pegelt heute um 12 Prozent. Fast die Hälfte des städtischen Haushaltes wird für Soziales und Jugend aufgewendet. Allein in den vergangenen sieben Jahren hat es in Teilbereichen Steigerungen um 50 Prozent gegeben. Seit dem Jahr 2000 reichen die Steuereinnahmen und die anderen Einkünfte der Stadt nicht mehr zur Finanzierung der laufenden Verpflichtungen aus – für die Aufgabenerfüllung müssen Kredite aufgenommen werden. Aktuell fordert der LWL mehr Geld von uns. Die Städte brauchen eine Neuverteilung der Sozillasten und eine konsequente Infrastrukturförderung!

Vier Sofortmaßnahmen können helfen, um Städte und Gemeinden im Strukturwandel nachhaltig aus der Überschuldungsfalle heraus zu führen:

- Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft

- Bundesteilhabegeld für Menschen mit Behinderung einführen
- Ausgleich der Risiken der Zuwanderung aus Südosteuropa
- Rücknahme der Kürzung der Städtebauförderung und Rückführung des Programms auf den Stand des Jahres 2010

Ein finanzielles Engagement des Bundes in der vorgeschlagenen Weise wäre ein deutliches Signal, dass alle staatlichen Ebenen gemeinsam Verantwortung für die gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland übernehmen. Die bisherigen Zusagen sind zu begrüßen, aber sie reichen nicht.

Die ohnehin schon schwierige Situation wurde und wird durch die finanziellen Verpflichtungen aus dem Solidarpakt verschärft. Um es unmissverständlich klar zu stellen: Ich stelle die Solidarität mit ostdeutschen Kommunen nicht in Frage. Was ich allerdings kritisiere, ist ein finanzielles Ausgleichssystem, das seit Jahren hoch verschuldete Städte und Gemeinden im Westen Deutschlands zur Kreditaufnahme zwingt, um den Solidarpakt zu finanzieren.

Im Zeitraum von 1991 bis 2011 führte Dortmund dem Solidarpakt über 520 Mio. Euro zu, bis 2019 werden voraussichtlich weitere 220 Mio. Euro folgen. Umgerechnet auf die Laufzeit heißt das, jedes Jahr wurden 20 bis 30 Mio. Euro für den Einheitslastenausgleich aufgewendet. Seit 2000 werden diese Verpflichtungen über Kreditaufnahmen finanziert.

Im Jahr 2019 wird Dortmund den Solidarpakt zur Hälfte auf Kredit (etwa 370 Mio. Euro) getragen haben. Für diese Kredite sind Zinsen und Tilgung aufzubringen. Dadurch wird sich die Belastung auf mindestens 20 weitere Jahre ausdehnen. Das macht deutlich: die Gemeindefinanzierung muss grundsätzlich neu geregelt werden – nach bedarfsorientierten Kriterien und nicht nach Himmelsrichtungen.

Zu den konkreten Punkten unseres Haushaltsentwurfs: Die Personalkosten belasten den Haushalt 2013 nicht zuletzt aufgrund der in diesem Jahr vereinbarten Tarifierhöhungen mit einem zusätzlichen Bedarf. Zudem müssen voraussichtlich Pensionsrückstellungen in erheblicher Höhe gebildet werden. Insgesamt handelt es sich bei der Erhöhung der Personalkosten aber um überschaubare Beträge. Wir haben im Rahmen der Einsparbeschlüsse des Rates immer „geliefert“. Unsere Lehre daraus muss lauten: Der Nutzen im Verhältnis zum [politischen] Preis muss stimmen. Dies haben wir auch bei der Diskussion um die Auflösung der Stadtbezirke Huckarde und Eving erlebt. Die Personalreduktion führt zu erheblichen Belastungen der Beschäftigten, der Krankenstand wächst an, z.B. Burnout.

Mein Vorschlag an den Rat ist daher, die Einsparvorgabe hinsichtlich der Personalkosten von 2 % auf 1,5 % oder 1 % zu senken. Andernfalls ist eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung nicht mehr gewährleistet. Aber auch für andere Themen gibt es Handlungsbedarf. Wir sollten hier um des Sparens willen keine funktionierenden Strukturen zerschlagen. Dortmund muss eine lebenswerte, soziale und vielfältige Stadt bleiben. Daran ist weiter konsequent und zielstrebig zu arbeiten.

Die 6 Schwerpunktthemen sind weiterhin:

- Arbeit und Beschäftigung sichern und schaffen
Die Initiative kommunale Arbeitsmarktstrategie 2015 läuft unter Federführung von Birgit Zoerner und Udo Mager. Die Arbeitslosigkeit liegt in Dortmund, Stand heute, 27. September, bei 12,9 %. Mein Ziel ist es weiterhin, diese Quote bis zum Jahr 2015 unter 10 % zu senken. Da sind wir auf einem guten Weg, den wir konsequent

fortsetzen werden, auch wenn auch an dieser Stelle die Beschlüsse und Kürzungen des Bundes unsere Bemühungen dramatisch erschweren. Wir müssen selbst ein Instrumentarium aufbauen, damit langzeitarbeitslose Menschen eine Zugangschance zum Arbeitsmarkt erhalten. Dafür trägt aber nicht nur die Stadt, dafür tragen alle gesellschaftlichen Akteure eine solidarische Verantwortung. Die Verwaltung schlägt dem Rat der Stadt ein Maßnahmenpaket vor, mit dem bis 2015 rund 2.800 Menschen in Beschäftigung gebracht werden können. Den Kosten in Höhe von rund 6,4 Millionen Euro jährlich stehen Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft in Höhe von etwa 2,9 Millionen Euro gegenüber, so dass die Stadt Dortmund jährlich etwa 3,5 Millionen Euro aufzubringen hat. Zur Finanzierung schlägt die Verwaltung dem Rat eine zeitlich bis 2015 befristete Anhebung der Gewerbesteuer um sieben auf dann 475 Punkte (wie z.B. Köln) vor. Das lässt einen Nettoertrag von etwa 4,2 Millionen Euro erwarten, so dass das Programm noch ergänzt werden kann. Wenn es andere Finanzierungsvorschläge gibt: bitte – aber die Arbeitslosigkeit kann nicht achselzuckend hingenommen werden.

- Die Wirtschaft in Dortmund ist in der Krise stabil geblieben. Unsere Unternehmen sind Beispiele dafür, was die neue Dortmunder Wirtschaftsstruktur ausmacht – Dynamik und Wachstum. Gemeinsam wurden in den letzten Jahren gute Rahmenbedingungen geschaffen und eine gute Kooperation gelebt. Das soll auch so bleiben, trotz der temporären Gewerbesteueranhebung. Die beste Wirtschaftsförderung ist es, den Haushalt zu beschließen!
- Die wirtschaftliche Entwicklung Dortmunds fördern
Die wirtschaftliche Entwicklung Dortmunds verläuft positiv. Die IHK und die Handwerkskammer berichten von gut gefüllten Auftragsbüchern. Das dortmund-project trägt Früchte. Die Förderung technologieorientierter Branchen und die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft haben sich für Dortmund ausgezahlt. Dazu werden auch die neuen Masterpläne Wissenschaft und Energiewende beitragen. Diesen Weg werden wir weitergehen.
- Der Jugend einen guten Start ins Leben sichern
Dafür sind Ausbildung und Einstellung die Basis. Mit Partnern in den Projekten „Übergang Schule – Beruf“ und „2. Chance“ leisten wir wichtige Arbeit, um die Ausbildungschancen von Jugendlichen zu erhöhen. Wir entwickeln Dortmund als Familienstadt weiter. Dazu gehören auch weitere Angebote für junge Menschen.
- Die Jugendforen sind ein wichtiger Schritt für mehr Beteiligung von jungen Menschen an der Entwicklung ihrer Stadt.
- Bildung und Schule qualifizieren
Dortmund ist als Schulstadt weiterhin gut aufgestellt. Mit dem 1. kommunalen Bildungsbericht in NRW hat Dortmund Pionierarbeit geleistet. Wir haben viel Geld in den Schulneubau und die Sanierung investiert. Dies ist das eigentliche kommunale Großprojekt Dortmunds. Die Dortmunder Bildungskommission arbeitet erfolgreich. Inhaltlich orientieren wir uns am biografischen Modell und systematisieren insbesondere die Übergänge angefangen vom frühkindlichen Bereich in die Grundschule. Der Sprachförderung werden wir einen höheren Stellenwert verleihen und mit dem gemeinsamen Projekt von Stadt und Landesregierung „Kein Kind zurücklassen“ bauen wir auf Präventionsketten und Fördermöglichkeiten von Anfang an. Zu diesem Schuljahr haben wir die Sekundarschule in Westerfilde eröffnet und erproben ein neues, sehr vielversprechendes Konzept.
- Die soziale Balance in der Stadt halten
Der Aktionsplan Soziale Stadt ist erfolgreich und wird fortgeschrieben. Denn der Aktionsplan zeigt in den Aktionsräumen Wirkung. Zukünftig werden wir uns stärker auf die Wohnungsfrage konzentrieren und in einzelnen Quartieren ein zusätzliches

Quartiersmanagement einrichten. Dazu gehören das Schleswiger Viertel in der Nordstadt und Westerfilde. Über die Nordstadt werden Sie – meine Damen und Herren – künftig jedes halbe Jahr einen Statusbericht der Verwaltung erhalten.

➤ Zivilgesellschaft und Bürgerengagement fördern

Die Entwicklung der Stadt- und Zivilgesellschaft ist ein zentrales Anliegen für Dortmund. Wir sind eine vielfältige und tolerante Stadt. Mit dem Masterplan Integration, dem Aktionsplan gegen rechts, neuen Aktivitäten für mehr Vielfalt, dem interreligiösen Dialog und vielen weiteren Aktivitäten ist Dortmund ein vielbeachtetes Musterbeispiel einer Stadt mit einer starken Zivilgesellschaft.

Meine Damen und Herren,

unser Kämmerer sowie seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – die gesamte Verwaltung - haben es sich nicht leicht gemacht, Erträge und Aufwände auszutarieren und einen Haushaltsplanentwurf für 2013 aufzustellen, der trotz schwieriger Haushaltslage politische Handlungsspielräume bietet.

Es wurde Energie auf diese Aufgabe verwandt und dafür möchte ich allen Beteiligten vielmals danken. Jörg Stüdemann als Kämmerer wird Ihnen den Haushaltsentwurf 2013 gerne detailliert erläutern. Dies tun wir auch gerne im Rahmen der Fraktionsberatungen. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf, davon bin ich überzeugt, werden wir unserer Verantwortung gerecht und tragen zur Weiterentwicklung Dortmunds bei.

Tragen wir gemeinsam die Verantwortung für einen genehmigungsfähigen Haushalt. Zum Wohle unserer Stadt und der Bürgerinnen und Bürger, die wollen, dass wir einen professionellen Job machen.

Glück auf und vielen Dank für ihre ungeteilte Aufmerksamkeit.